



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 10. bis 16. September ist die Beitragsmarke in das mit 37 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

München. Am 19. August hat eine sehr gut besuchte Versammlung beschlossen, den bisher freiwilligen Extrabeitrag zum obligatorischen Wochenbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. September 1916 für Kollegen 20 Pf. und für Kolleginnen 10 Pf. Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Zustimmung.

Der Verbandsvorstand.
F. A.: Paula Thiede.

Zur Münchener Gewerkschaftswoche.

Noch immer rast die Kriegsturme sengend, brennend und mordend über die Lande, noch immer tobt draußen der fürchterlichste Vernichtungskampf unter Kulturböllern, wie ihn schlimmer die Erde noch nicht gesehen. Noch immer sind wir gezwungen, den Kampf mit den fürchterlichsten Vernichtungswaffen gegen die Feinde Deutschlands zu führen, die sich des Gedankens nicht entschlagen können, unser Vaterland politisch und wirtschaftlich zu vernichten und diesem Tod und Verderben bringenden Bestreben bislang noch jede bessere Erkenntnis verschließen. Hohl-ängig, bleich grinst der Senfmann ob der reichen Ernte, und tief im Menschenblut watend, überdönt er mit heiserem Getöse: Krieg — Krieg! das leise Wispen des Friedens.

Während man nun mit Schauern seit mehr denn zwei Jahren die Zerstörung betrachtet, die Menschen unter sich anrichten, vollzieht sich im Lande ununterbrochen die Fortsetzung des nicht minder schweren Kampfes in dem schon seit Jahrzehnten währenden Kriege der organisierten Arbeiter gegen den schlimmsten Feind in ihrer Mitte, den Indifferentismus! Nicht mit dem Hülsenzeug der Barbaren, mit geistigen Waffen wird dieser Kampf, der keinen Augenblick in diesem großen Weltkriege ruhte, ausgefochten, und kaum beachtet man die Erfolge, die das deutsche Proletariat hier in den Kriegsjahren errungen. Die Zunahme der Mitglieder aber in den Gewerkschaften trotz der Ungunst der Verhältnisse zeigt, daß dieser Kampf nicht ruht. Langsam, Schritt für Schritt, wie gegen eine mit aller Raffiniertheit angelegte, mit Stachelbrant umgebene Feldbefestigung wurde immer wieder gegen den Unverstand, gegen die Gleichgültigkeit, den Krebsknoten der Arbeiter, angeknüpft. Trotz aller schweren Arbeit und Mühe stehen hinter diesem Bollwerk der geistigen Finsternis noch ungezählte Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, die selbst dies grundmühselige Weltendrama noch nicht von ihrem Gesichte gegen ihre eigene Klasse aufschredte. Heute leben sie wie

gestern, morgen wie heute, mit sich selbst und ihren Verhältnissen unzufrieden, im Finstern nach dem Lichte der Erkenntnis tastend und doch immer auf falschen Wegen wandelnd, schädigen sie sich selbst und ihre Klasse in den vitalsten Interessen. Sie stehen den erfreulichen Erfolgen, die in diesem Kleinkriege erzielt wurden, noch fern, sie verschließen noch ihre Ohren dem dringenden Rufe der organisierten Arbeiter und sehen nicht den Ernst der Zeit.

Aufs neue nun in einer einheitlichen Offensive dem Gegner „Indifferentismus“ gegenüber zu treten, war der strategische Plan des Münchener Gewerkschaftsariells, der in der Woche vom 17. bis 23. September dieses Jahres zur Ausführung gebracht werden soll. Eine Gewerkschafts-Agitationswoche mit einem größeren Auftakt in der Münchener Arbeiterpresse, der „Münchener Post“, soll die Indifferenten aufrütteln, sie an die heilige Pflicht gemahnen, in dem großen Kulturkampfe, den das arbeitende Proletariat führt, nicht abseits zu stehen.

Das vermehrte Elend, die vergrößerte Not, die der Krieg im Gefolge hatte, sie pochen ja mit ehernem Hammer an die Türen der Arbeiter und rufen ihnen zu, endlich aufzuwachen und erkennen zu lernen, daß ihr Heil von niemand anders, als von ihnen selbst erwartet werden kann. Zögernd stehen die Wanfelmütigen noch immer in diesem Weltendrama und suchen nach einem Weg zu ihrer Rettung. Auf diesem Wege ihnen aber immer wieder entgegen zu eilen, ihnen die Hand zu reichen, ihnen Stütze und Halt zu geben, das muß das Werk der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sein. Sie können um so leichter und freudiger an diese Arbeit gehen, da sie ja den Tagenden durch hunderterlei Taten beweisen können, welch unerschütterlicher Stützpunkt die Gewerkschaften stets für die Arbeiter waren, welch riesige Erfolge sie im Laufe der Jahre gegen die stärkste Festung der Kapitalmacht der Unternehmer erzielt, und wie selbst das welterschütternde Ereignis, eines an Größe und Ausdehnung noch nie dagewesenen Krieges, das Fundament der Gewerkschaften nicht zum Wanken zu bringen vermochte. Sollen weiter nicht die gewaltigen, an das Phantastische streifenden materiellen Leistungen der Gewerkschaften in diesem Weltkriege selbst den rückständigsten Menschen zur Einsicht bringen, daß nur eine riesige zusammenschweißte Kraft solches vollbringen kann? Hier bedarf es keiner Sprache mit Engelszungen, hier sprechen die Tatenkünde!

Das Feld zum Angriff ist günstiger denn je, die Verschanzungen der Verstocktheit und Rückständigkeit sind durch die schweren Geschütze der Zeit in die Brüche gegangen. Mut und Entschlossenheit ist bei den organisierten Arbeitertruppen wie draußen an der Front, so auch im Lande vorhanden, und konnte hier wie dort durch die Länge des Krieges nicht gebrochen werden! Der Gedanke, den draußenstehenden Beschützern des Vaterlandes zu zeigen, daß wir auch hier unsere Pflicht als Verbandsmitglieder tun, erfüllt Geist und Herz mit Begeisterung und gibt immer wieder frische Angriffslust. Die zum Kampfe

notwendigen, im ständigen Gebrauch gewesenen Waffen sind nicht stumpf und unbrauchbar geworden. Sind auch die Reihen der Kämpfer durch die im Felde stehenden Arbeitsbrüder gelichtet, so sind wir immer noch stark genug, um Sturm zu laufen gegen den Unverstand, der einen großen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen noch gefangen hält.

Es wäre eine vollständige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse, stellte man sich auf den Standpunkt, wir brauchen diese uns Fernstehenden, die bisher nicht den Weg zu uns gefunden haben, auch für die Zukunft nicht. Wir alle wissen nur zu gut, daß der Burgfrieden, den die Not des Krieges uns aufzwang, auch nur ein Bestandteil desselben bleiben wird. Mit Beendigung des Krieges aber, und darüber lassen uns ja die Unternehmer nicht im geringsten im Zweifel, wird der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wieder in seiner ganzen Schärfe entbrennen. Er muß entbrennen, weil ja ein Ausgleich zwischen dem Lohn und den ungemein verteuerten Verhältnissen nur in den seltensten Fällen von dem Unternehmer zu erzielen war. Sehen wir nicht jetzt schon bei den verschiedenen Scharfmachern — so bei uns im graphischen Gewerbe bei dem „Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer“ — das vorbeugende Bestreben, die Arbeiterschaft nach dem Kriege noch mehr in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen, sie noch besser in das Joch der Unternehmer zu spannen und zu entwürdigen. Dieser Unternehmernobilisation antworten wir vorerst mit der Aufrückung der Indifferenten, machen diese zu neuen Rekruten und erziehen sie zu tüchtigen Kämpfern, die zielbewußt den heiligen Kampf der Arbeit zum Siege führen. Diese Massen, aufgeweckt und organisiert, verbürgen uns nicht nur den Sieg, sondern auch den Frieden in den Gewerben. Der Mißpreis verlornt die schwere Arbeit, die um so leichter wird, je mehr organisierte Arbeiter sich daran beteiligen. Unsere Kollegen und Kolleginnen Münchens werden ihre Mithilfe nicht versagen. Sie müssen selbst durch demonstrativen Besuch unserer Agitationsversammlungen den Nichtorganisierten ein gutes Beispiel geben und die, von der Verwaltung der Zahlstelle an diese ergangenen Einladungen durch mündliche Aufforderung zum Besuche der Versammlungen unterstützen.

Seitens unseres Verbandes sind für Sonntag, den 24. September, sämtliche Nacharbeiter der Druckereien Münchens, vormittags 11 Uhr, ins Gewerkschaftshaus zur Versammlung eingeladen. Für die übrige Kollegenschaft finden Versammlungen statt: Montag, den 25. September, für Sendlinger-Oberfeld im Restaurant „Freischütz“, Hoffmannstraße; für den Süden der Stadt am Dienstag, den 26. September, im Restaurant „Walbau“, Kapuzinerstr. 7. Am Mittwoch, den 27. September, ist große Versammlung für die innere Stadt und den Osten im Gewerkschaftshaus. Die Kollegen und Kolleginnen des Westens der Stadt finden sich am Donnerstag, den 28. September, im Restaurant „Bismarckhalle“, Freituchstraße, zur Versammlung ein. Den Schluß dieser Agitationswoche bildet die Ver-

sammlung am Freitag, den 29. September, im Norden der Stadt im Restaurant „Luisengarten“, Ecke Zieblau- und Luisenstraße. Wir hoffen und erwarten, daß unsere Mitglieder sowohl im Besuch der Versammlungen wie auch in der Agitation in nichts den anderen Gewerkschaftlern nachstehen werden. Zeigen müssen wir, daß trotz der lähmenden Erscheinung des öffentlichen Lebens in diesem Krieg noch frisches pulsierendes Leben in uns wohnt. An dem geschlossenen Aufmarsch der organisierten Arbeiter zur Werbung neuer Mitglieder mögen die maßgebenden Stellen ersehen, daß zur gegebenen Zeit wir ebenso geschlossenen Stellung nehmen werden gegen die Lebensmittelwucherer und sonstigen Vampyre am Blute des arbeitenden Volkes. Es gilt, jetzt im Krieg für den Frieden vorzuarbeiten, und es wäre schmachlicher Verrat, wenn auch nur ein organisierter Arbeiter oder eine organisierte Arbeiterin sich dieser Arbeit entziehen würde.

München.

M. Schmid.

Tagung der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln a. Rh.

Sondertagung der Gewerkschaftsgruppen.

Köln, 23. August.

Herr Legien eröffnet die Versammlung um 5 Uhr und begrüßt die anwesenden Gäste, insbesondere den Herrn Oberbürgermeister Geib als Vertreter des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge, den Herrn Geheimrat Dr. Pannwitz als Leiter der Zentrale für soziale Fürsorge beim General-Gouvernement in Belgien und Herrn Dr. W. Hirschfeld (Berlin). An der Versammlung sind beteiligt die Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der christlichen Gewerkschaften, der Deutschen Gewerbevereine und der Polnischen Berufsvereinigungen, sowie eine Reihe von Angestelltenvereinigungen. Das Bureau der Konferenz wird gebildet von den Herren Legien (Generalkommission der Gewerkschaften), Giesberts (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften), Hartmann (Verband der Deutschen Gewerbevereine) und Gwizdel (Polnische Berufsvereinigungen). Das einleitende Referat über die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge erstattet Herr Wels (Berlin). Er weist darauf hin, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge auf freier Organisation, unter Zusammenfassung der verschobenen, auf diesem Gebiete tätigen gemeinnützigen Organisationen, aufgebaut sei. Eine Zentralisation dieser Bestrebungen, die auch der Reichstag forderte, wurde durch die Einsetzung eines Reichsausschusses geschaffen und die Organisation der Provinz Brandenburg den übrigen Reichsteilen als Muster empfohlen. Dabei wurde den Provinzial-, Kreis- und Ortsausschüssen nahegelegt, auch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter paritätisch an der Fürsorgetätigkeit zu beteiligen. Aber dieser gute Rat wurde schon in der Provinz Brandenburg nur sehr unvollkommen befolgt und ebenso zeigte sich anderwärts eine Abneigung gegen die Schaffung paritätischer Organisationen, wie eine Erhebung der Generalkommission bei den ihr angehörigen Gewerkschaftskartellen bestätigte. Wo aber Arbeitervertreter hinzugezogen wurden, werden sie häufig nicht an den Arbeiten beteiligt, so daß diese Zuziehung bloß eine Dekoration geblieben ist. Die Abneigung gegen die Gewerkschaften, die vor dem Kriege bestand, herrscht auch heute noch in weiten Kreisen. Die Reichsbehörden erkennen die Gewerkschaften an, aber sie haben keinen Einfluß auf die internen Organe; es fehlt ihnen die anordnende Gewalt; sie können nur Ratsschläge erteilen, die besonders beim alten preussischen Landrat auf taube Ohren stoßen. Der Vorsitzende des Reichsausschusses kennt die Schwierigkeit, die der paritätischen Organisation in den preussischen Kreisen gemacht werden, wie aus einem verlesenen Rundschreiben ersichtlich ist, in dem die Zuziehung von Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber zwar empfohlen, aber von der Art des Aufbaues der Organisation abhängig gemacht wird. Wie manche Provinzialbehörden die Gewerkschaftsgruppen behandeln, beweist ein Ersuchen der Zentralvertretungen derselben an den Oberpräsidenten der Provinz

Brandenburg, am 27. Oktober 1915, um eine Rücksprache in Sachen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, auf welche dieselben monatelang keine Antwort erhielten, dann um Aufschub ersucht wurden und bis heute noch keine Erledigung des Gesuchs erreichen konnten. (Lebhaftes Hört, Hört!) Angesichts solcher Vorgänge sei es mit der Geduld der Arbeiterorganisationen und den Erwartungen auf die freie Organisation zu Ende und eine reichsgesetzliche Regelung der Organisation nicht länger aufzuschieben. Die Organisation müsse lückenlos durch das ganze Reich durchgebaut sein schon während des Krieges, weil sie nach dessen Abschluß ihre härteste Probe zu bestehen habe. Eine Umfrage der Generalkommission in 296 Orten ergab, daß in 147 Orten Fürsorgeausschüsse bestehen. Am besten sei die Organisation in Sachsen (Seimatabau). Als Berufsberater seien 931 Vertreter, als Beisitzer 445 Vertreter der Gewerkschaften tätig. Bedenkt man, daß allein 200 Berufsberater auf Berlin entfallen und zieht man die Zahlen einiger Großstädte ab, dann bleibt für das übrige Reich wenig übrig. In Krefeld habe man die Zuziehung von Gewerkschaftsvertretern abgelehnt mit der Begründung, daß politische und konfessionelle Gesichtspunkte nicht in Betracht kommen dürften. Auf weitere Vorstellungen wurde erwidert, daß man den Kreis der Mitwirkenden nicht unnötig vergrößern wolle. Die Hauptsache sei, daß den Kriegsbeschädigten rasch geholfen werde. Es handelt sich aber um eine dauernde Aufgabe, für die eine dauernde Organisation geschaffen werden müsse. Schließlich erklärte man, daß man auf das Ersuchen vielleicht einmal zurückkommen werde, wenn sich eine Notwendigkeit dafür ergebe. Die Arbeitszuweisung sei in manchen Orten höchst primitiv, ohne Rücksicht auf den Zustand der Kriegsbeschädigten, so daß sie deren Vertrauen nicht erwerben könne. Bei der jetzt erfreulich fortschreitenden Zentralisation der Arbeitsnachweise sei darauf zu achten, daß nicht besondere Kriegsbeschädigten-Arbeitsnachweise geschaffen oder Balanzlisten nach Art der vom Verband der märkischen Arbeitsnachweise herausgegebenen verbreitet werden, in denen Stellen zu niedrigen Löhnen ausgebaut werden.

Die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge sei reichsgesetzlich zu regeln, weil die ministeriellen Anweisungen nicht ausreichen, eine betriebende Organisation zu schaffen. Das Reich habe die Pflicht, die notwendigen Garantien und Mittel für die Opfer des Krieges zur Verfügung zu stellen.

Als zweiter Referent erörtert Herr Streiter (Berlin) einige Spezialfragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Das Mannschaftsversorgungsgesetz enthalte bedenkliche Mängel, auf die bereits der Sonderausschuß des Reichsausschusses hingewiesen habe. Die Militärrente für einen völlig erwerbsunfähigen Mann betrage nur 720 M. pro Jahr, ein Betrag, mit dem besonders in einer größeren Stadt nicht auszukommen sei. Hier müsse eine Reform nach sozialen Gesichtspunkten eintreten. Vor der Armenpflege müßten die Kriegsbeschädigten unter allen Umständen bewahrt werden. Den Gemeinden könne man auch nicht dauernd größere Opfer auferlegen. Hier müsse das Reich ausreichende Fonds zur Verfügung stellen. Auch für die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und Kriegskranken müsse etwas geschehen, da man sie nicht der Armenpflege überlassen dürfe. Die Arbeitsbeschaffung müsse in enger Verbindung mit den Arbeitsnachweisen stehen und da, wo Arbeitsgemeinschaften bestehen, möglichst diesen übertragen werden. Den privaten Wohlfahrtsvereinen, die, oft von zweifelhaften Elementen geleitet, sich mit Arbeitsvermittlung befassen, müsse man energisch auf den Leib rücken. Man möge sich an die zuständigen Gewerkschaften wenden, wo paritätische Einrichtungen nicht bestehen.

Der Vorsitzende unterbreitet der Versammlung folgende Entschliebung der Zentralen sämtlicher Gewerkschaftsgruppen, die der morgigen Kongregtagung vorgelegt werden soll.

Die Entschliebung lautet:

„Die Arbeiter und Angestellten Deutschlands sind an der Fürsorge für die kriegsverletzten und kriegserkrankten Kriegsteilnehmer aufs lebhafteste interessiert und haben sich seither an den

Einrichtungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, vor allem an den Arbeiten des Reichsausschusses intensiv beteiligt. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die besonders nach Schluß des Krieges von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung sein wird, bedarf zur erfolgreichen Wirksamkeit in allererster Linie des Vertrauens der von der Fürsorge selbst betroffenen Personen. Dieses Vertrauen kann nur erworben werden, wenn ihnen die Leistungen der Fürsorge durch eine reichsgesetzlich geregelte Organisation gewährleistet werden. Da die Kriegsbeschädigtenfürsorge dieser Grundlage bisher entbehrt, fordern die in Köln anlässlich der Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge (23. bis 25. August 1916) versammelten Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands deren reichsgesetzliche Regelung.

Die Voraussetzung einer solchen wirksamen Organisation ist, daß neben den Vertretern anderer Berufskreise auch die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen überall als vollberechtigt hinzuzuziehen sind zur Mitwirkung nicht nur bei allgemeinen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge, sondern vor allem in den wichtigsten Sondergebieten der Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung in den Bezirks- und örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisationen.

Von ihren im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeitenden Vertretern erwarten die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß sie auch weiterhin unablässig bemüht sind, eine gesetzliche Neuordnung der Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und der Versorgung der Hinterbliebenen nach sozialen Gesichtspunkten herbeizuführen.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands erachten es ferner als dringend notwendig, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Tätigkeit auch auf die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und im Kriege Erkrankten ausdehnt.

Bezüglich der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten fordern die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß die örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge in enger Verbindung mit den nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen stehen, die die Unterbringung von Kriegsbeschädigten mit als ihre Aufgabe übernommen haben. In den Orten, in denen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten besonders gebildete paritätische Arbeitsgemeinschaften oder Tarifinstanzen (Schlichtungskommissionen) bestehen, die vornehmlich in der Arbeitsvermittlung und Lohnfestsetzung mitwirken, aber auch dann eingreifen, wenn Arbeitgeber bestimmte, dem Kriegsbeschädigten gegebene Versprechen nicht halten, ist die Arbeitsbeschaffung zunächst diesen Einrichtungen zu übertragen.

Die weitere Schaffung von Arbeitsgemeinschaften als wirksame Unterstützung der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist überall und für alle Berufe zu erstreben.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands betrachten es als eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit, daß alle organisierten Arbeiter und Angestellten den Kriegsbeschädigten im Arbeitsverhältnis die weitestgehende Unterstützung gewähren und ihnen in treuer Kameradschaft jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

Herr Oberbürgermeister Geib dankt der Konferenz für ihre Teilnahme an der Kriegsbeschädigtenfürsorge und nimmt für den von ihm vertretenen Reichsausschuß in Anspruch, daß er bereitwillig mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zusammenarbeitet habe. Ihre Beschlüsse seien im Einvernehmen mit den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter gefaßt. In der Praxis sei es leider noch anders, weil der Reichsausschuß nur eine beratende und begutachtende Stelle sei und keine Direktiven geben könne. Redner verteidigt den Vorsitzenden des Reichsausschusses gegen den Vorwurf des Herrn Wels, als ob er nur ein Scheingefecht für die paritätische Vertretung führe, und gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Reichsausschuß stets Hand in Hand

mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter wirken werde.

Herr Brückner (Berlin) bekräftigt aus seiner Erfahrung, daß die Herren Landräte sich wenig um die Empfehlungen des Reichsausschusses kümmern, so daß es der reichsgesetzlichen Regelung der Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge bedürfe. Auch müßten die Arbeitsgemeinschaften der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen als weiteres Glied in dieser Fürsorge ausgebaut werden. Redner erörtert die Mängel der seitherigen Fürsorge, besonders in Berlin.

Herr Ziegler (Siegen) erklärt sein Einverständnis mit der vorgelegten Entschließung und legt dar, daß die Arbeitervertreter bei den untern Instanzen in Siegen die gleichen üblen Erfahrungen gemacht haben. Eine gesetzliche Regelung sei notwendig, besonders im Interesse der Kriegsbeschädigten nach dem Kriege.

An der weiteren Debatte beteiligen sich die Herren Dieck (M.-Glabbach), Sauer (Karlsruhe) und Giebel (Berlin), die im Sinne der vorgelegten Entschließung sprechen.

Die Entschließung wird von der Konferenz einstimmig angenommen und Herr Giesberts beauftragt, dieselbe der morgigen Tagung des Kongresses zur Verlesung zu bringen. Ferner wird beschlossen:

„Die Konferenz beauftragt die Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen, gemeinsam die weiteren, den Interessen der Kriegsbeschädigten dienenden Maßnahmen zu treffen, und zwar:

1. bei dem Herrn Reichszentralrat dahin vorstellig zu werden, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge bessere organisatorische Grundlagen erhält;
2. an den Reichstag und Bundesrat eine in gleichem Sinne gehaltene Eingabe zu richten;
3. eine Zusammenstellung der Orte bzw. Kreise zu machen, an denen eine Fürsorgeorganisation vorhanden ist;
4. Vereinbarungen über die Vertretung der Gewerkschaften und Angestelltenvereinigungen in diesen Organisationen zu treffen.“

Nach dieser Erledigung der Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge beschließt die Konferenz einstimmig folgende gemeinsame Erklärung der vertretenen Gewerkschaften und Angestelltenverbände gegenüber den selben Organisationen:

„Angesichts der stets erneuten Bestrebungen, die sogenannten gelben Organisationen (Werksvereine, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.), die von Seiten der Unternehmer gegründet, unterhalten oder unterstützt werden, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Vertretung von Arbeiterinteressen während des Krieges gleichzustellen und zur Geltung zu bringen, erklärt die am 23. August in Köln gemeinsam tagende Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der Generalkommission der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) und der Polnischen Berufsvereinigung sowie des Deutschen Werksmeisterverbandes, daß sie die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennen und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Rundgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnen.“

Mit dem Wunsche, daß die hier geschaffene Arbeitsgemeinschaft die Unterstützung in allen Kreisen der vertretenen Organisationen finden möge, schließt der Vorsitzende die Konferenz.

Korrespondenzen.

Berlin. In der am 23. August stattgefundenen Mitgliederversammlung teilte, nach Annahme des Protokolls der vorigen Versammlung, Kollege Baumgarten mit, daß die Kollegen Paul Koch (Anhalt), Michaelis, Czajkowski und die Kolleginnen Grodowski und Radday verstorben und folgende Kollegen gefallen sind: Wih. Schmidt, Herrn. Rippel, Arth. Weßbecker, Paul Hofstein, Fritz Felgentreu, Paul Thiedemann, Fritz Schöne, Herrn. Rudolf, Paul Krüger, Karl Schmidt, Max Förster, Ernst Dacher, Franz Werl, Herrn. Rönnefahrt, Hans Henschel, Herrn. Maikole, Georg Neumann, Martin John, Willi Späth, Karl

Sander, Johannes Gottschalk und Willi Nösgen. Zu Ehren der Verstorbenen und Gefallenen erhob sich die Versammlung von ihren Plätzen. Des weiteren hat sich der Hauptvorstand mit dem Ortsvorstand in Verbindung gesetzt, daß vom 1. Oktober ab, nachdem die Situation eine bessere und die Klassenverhältnisse günstigere geworden sind, das Verbandsstatut nach Leipziger Fassung voll eingeführt werden soll; allerdings ist nicht ausgeschlossen, daß bei Kriegsbeendigung nochmals andere Verhältnisse eintreten können. Weiter wies Kollege Baumgarten auf die in Nr. 28 der „Solidarität“ veröffentlichten Beschlüsse des Hauptvorstandes über die Unterstützung der Kriegsbeschädigten hin, gleichzeitig bemerkend, daß kriegsbeschädigte, die berufsunfähig sind, durch kommunale Einrichtungen und durch die Berufsberater untergebracht werden müssen, außerdem muß für diese von den zuständigen Stellen mit öffentlichen Mitteln eingegriffen werden. Durch die Einschränkung der Textilindustrie ist zur Beschaffung von Kleidungsstücken usw. ein sogenannter Bezugsschein nötig. Unorganisierte erhalten solche in ihrem Wohnbezirk und müssen den Nachweis der Notwendigkeit erbringen. Organisierte erhalten solche bei ihren Organisationen für sich und ihre Familienangehörigen, jedoch muß hier die Steueruntersuchung mitgebracht werden. Will also jemand unserer Mitglieder für sich oder seine Angehörigen einen Bezugsschein haben, so muß er mit seiner Steueruntersuchung nach unserm Bureau gehen. Am 3. Mai d. J. fand eine Vertrauenspersonensitzung statt. In dieser wurde eine eingehende Aussprache über die Teuerungszulagen vorgenommen. Die hier gemachten Erfahrungen wurden verwertet und versucht, den Mitgliedern gerecht zu werden. Leider war auch hier wieder ein großer Teil Vertrauenspersonen nicht anwesend. Eine Anfrage des Kollegen Feißler, woher ein Kriegsbeschädigter-Berufsunfähiger bis zur Festsetzung einer Berufszugehörigkeit Unterstützung bezieht, wird dahin beantwortet, daß dieselben auf ihren Antrag einen Zuschuß vom Magistrat erhalten. Die Berufsberatung beginnt schon, wenn der Kriegsbeschädigte sich noch im Lazarett befindet, dieser muß hier schon anfangen, umzulernen. In schwierigen Fällen muß event. mit dem Zentralvorstand verhandelt werden. Beim zweiten Vierteljahresbericht wurde festgestellt, daß sich das zweite Vierteljahr wenig gegen das vorige geändert hat. Vorhanden sind 1231 Kollegen und 1429 Kolleginnen, im ganzen 2660 Mitglieder. An der Zahlung der Beiträge und Ertragsbeiträge ist der Opfermut und der Zusammenhalt der Kollegen zu erkennen. Bei den Ertragsbeiträgen entfallen pro Woche auf ein Mitglied im Durchschnitt 13% Pf., bei den ordentlichen Beiträgen 54% Pf. Die Ortskasse hatte im zweiten Quartal nach Abzug sämtlicher Ausgaben einen Ueberschuß von 700,69 Mk. Bis 30. Juni waren eingezogen 520 Leihge und 1510 verheiratete Kollegen, gefallen 132 Kollegen, nach dem 30. Juni noch zehn, also bis jetzt 142 Kollegen. An Arbeitslosenunterstützung wurde seit Kriegsbeginn bis 30. Juni 1916 gezahlt 54 552,55 Mk. und sonstige Unterstützungen 16 097,75 Mk.; jedenfalls ganz annehmbare Summen. In der Diskussion wies Kollege Reinte auf einen Druckfehler im Bericht des Stellennachweises hin, und wurde hiernach auf Antrag der Rediktoren dem Vorstand und Arbeitsnachweiser einstimmig Entlastung erteilt. Bei den bewilligten Teuerungszulagen bemerkte Kollege Baumgarten, daß nicht alle Mitglieder, wie auch der Vorstand selbst, befriedigt sein werden. Wenn es nicht immer geklärt ist, jedem sein Recht zu geben, so liegt dies zum großen Teil an der Lachheit der Mitglieder selbst. Waren doch in der letzten Vertrauenspersonensitzung von 113 Betrieben nur 60 vertreten, dadurch wußten verschiedene Vertrauenspersonen nicht Bescheid; dies beweisen auch die vielen Anfragen im Bureau. Trotzdem sind dem Vertreter der Prinzipale diejenigen Druckereien bekannt gemacht, zum Teil hierdurch, zum Teil durch persönliche Verhandeln sind noch Zugeständnisse erreicht. Auch läßt die Berichterstattung der Vertrauensleute sehr viel zu wünschen übrig, ist ihm doch heute erst Mitteilung gemacht, daß eine Firma seit 1. April Teuerungszulage zahlt. Für monatliche Zulagen kommen 42 Firmen in Betracht mit 651 Kollegen und 591 Kolleginnen; diese erhalten 2.— Mk. bis 48.— Mk. Eine größere Firma mit einer kleinen Buchdruckabteilung zahlt für Unverheiratete 20.— Mk., für Verheiratete 48.— Mk. Für wöchentliche Zulagen kommen 35 Firmen mit 365 Kollegen und 476 Kolleginnen in Betracht; Kinderzulagen werden von 16 Firmen an 376 Mitglieder gezahlt. Aus dieser Summen geht hervor, daß noch ein Teil Betriebe fehlt, von wo ein Bericht nicht vorliegt, außerdem arbeiten viele Kolleginnen und Kollegen

in einem anderen Beruf. In der Diskussion tauchen von verschiedenen, darunter bekannten Firmen Beschwerden auf, wo bis jetzt eine Zulage nicht zu erreichen war. Diese werden zur Kenntnis genommen und sollen die betreffenden Kolleginnen und Kollegen im Bureau vorstellig werden, damit diese Angelegenheiten, wenn möglich, zur Zufriedenheit der Beteiligten erledigt werden können. Bei dieser Gelegenheit will Kollege Baumgarten nicht verabsäumen, das Verhalten einiger Anlegerinnen in einer größeren Druckerei, die dort augenblicklich als Halzerinnen beschäftigt werden, zur Sprache zu bringen. Als hier nur Zulagen für das männliche Personal bewilligt wurden und die Geschäftsleitung nicht zu bewegen war, für das weibliche Personal irgend etwas zu tun, ja, den Vertrauensleuten gesagt wurde, wer mit dem Gelde nicht auskommt, kann gehen, entschlossen sich die Kolleginnen, der Geschäftsleitung Mitteilung zu machen, wer mit seinem Gelde nicht auskommt, ev. zu kündigen. Ein Teil der Kolleginnen schloß sich aus, darunter auch bedauerlicherweise diese Anlegerinnen. Als nun hierauf die Geschäftsleitung doch 2.— Mk. Zulage bewilligte, wollten natürlich die sich selbst ausgeschlossenen Kolleginnen diese auch haben. Dabur machten sich verschiedene Aussprachen und Sitzungen notwendig, in denen man sogar den Vertrauensleuten untersagte, sie wollten zur Massenkündigung und zum Streik auffordern und schließlich nur für sich selbst etwas herauszolen. Unter Verschiedenem wird seitens des Vorstandes Klage darüber geführt, daß Kolleginnen, wenn sie eine Stellung antreten sollen, erst fragen, was es Teuerungszulage gibt usw. Teilweise wenig geübte kommen hierbei in Frage, die entweder die Stellung nicht annehmen oder nach einer Woche wieder entlassen werden. So kann dies natürlich nicht weitergehen, denn die Betroffenen schädigen dadurch bedeutend den Ruf der Organisation, hier werde der Vorstand geeignete Maßnahmen zu treffen wissen. Außerdem komme es sehr häufig vor, daß Kriegervitwen bei Rentenabzählungen sich durch Unterschritt verpflichten, mit einer mündlichen Mitteilung zufriedengestellt zu sein, wodurch sie nachher oftmals geschädigt sind. Demgegenüber ist zu empfehlen, daß diese Frauen sich auf mündliche Zuweisung ihrer Rente nicht einlassen, sondern eine schriftliche Zustellung verlangen. Eine Anfrage eines Kollegen, ob der Prinzipal berechtigt ist, die Zeit zur Abhebung der Unterstützung in Abzug bringen zu können, wird unter Hinweis auf § 616 B.G.B. erledigt. Eine kurze Diskussion, an der sich die Kollegen Thamm und Albrecht einerseits und Kollegin Teske andererseits beteiligen, entspinnt sich über eine Beschwerde des Kollegen Thamm über die Tätigkeit einzelner Kolleginnen; der Vorstand nimmt diese Beschwerde zur Kenntnis. Einige Beschwerden, darunter Lokalfrage, Lohnauszahlung bei Ertragsnächten, Garberöhe und Waschgelegenheit bei Ertragsnächten werden zur Kenntnis genommen und Abhilfe versprochen. Nachdem Kollege Baumgarten im Namen des Vorstandes seiner Freude über den heutigen Besuch Ausdruck gegeben und den Wunsch ausgesprochen, daß bei einem anderen Lokal die nächste Versammlung noch besser besucht sein möge, schloß er die Versammlung mit dem Wunsch auf baldigen Frieden und mit einem Hoch auf den Verband und die allgemeine Arbeiterbewegung um 9 Uhr 5 Minuten.

Halle a. S. Im August hielt die Zahlstelle Halle nach längerer Pause, verursacht durch den Wechsel des Vorsitzenden, eine Mitgliederversammlung ab, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab die Kassiererin Elise Günther den Kassenbericht vom zweiten Quartal bekannt. Die Einnahme aus Beiträgen ertrag 383,30 Mk., Eintrittsgeld 120 Mk., Ertragsbeitrag 10,80 Mk., insgesamt 395,30 Mk. Die Ausgaben waren folgende: Krankenunterstützung 74,40 Mk., Arbeitslosenunterstützung 222,70 Mk., Ertra-Unterstützung 15.— Mk., Verwaltungskosten 39.— Mk., an die Hauptkasse gesandt 44,20 Mk. Ortskasse: Einnahme 126,81 Mk., Ausgabe 121,15 Mk., Bestand 5,66 Mk. Der Vorsitzende erläuterte den Versammelten nochmals die Notwendigkeit, daß auch die halleschen Mitglieder sich mehr an der Kriegsteuer beteiligen. In den abgehaltenen Druckerei-Versammlungen haben die Kollegen und Kolleginnen sich mit der Entrichtung weiterer Ertra-Kriegsteuer einverstanden erklärt, nun laßt auch die Tat folgen. Wie der Kassenbericht ergab, ist die hallesche Kollegenchaft an den Unterstützungen recht nennenswert beteiligt, daher ist es auch für uns Ehrenpflicht, in der Opferwilligkeit gleich den übrigen Zahlstellen etwas mehr zu tun. Den Bericht vom Gewerkschaftsamt erhaltete Kollegin M. Moritz; derselbe hat nur örtliches Interesse. Zum Punkt

Leuerungszulage wurde berichtet, daß eine diesbezügliche Zustimmung des Halleischen Bezirksvereins zur Tarifverlängerung uns nicht bekannt geworden ist. Indem aber von keiner Seite eine Kündigung des Tarifes vorliegt, besteht derselbe zu Recht weiter. Von diesem Standpunkt ausgehend, haben auch unsere Halleischen Kollegen und Kolleginnen über folgende Leuerungszulagen berichtet: (Die eingeklammerte Ziffer bedeutet die Anzahl dort beschäftigter Gehilfen, nach Größe der Firma.) Firma Kieferstein (9): monatlich weibliche ledig 6,— M., verheiratete bis 10,— M., männliche ledig 6,— M., verheiratete bis 12,— M.; Volksblatt (28): monatlich weibliche 6,— M.; Waisenhaus (91): monatlich weibliche 2,75 M., pro Kind 1,50 M., männliche 6,— M., pro Kind 1,50 M.; Halleische Zeitung (48): monatlich 3,— M.; P. Schwarz (4): monatlich 6,— M.; Generalanzeiger (43): wöchentlich weibliche 1,50 M., männliche 1,50 M.; Schuh: wöchentlich weibliche 1,— M.; Wald u. Cie. (3): wöchentlich weibliche 1,— M., männliche 4,— M.; Gebauer-Schweife (41): wöchentlich weibliche 7,5 Prozent (zirka 1,— M.); Kandler (5): wöchentlich weibliche 1,— M.; Friedrich u. Bauer (2): wöchentlich 1,— M.; Marx u. Fuß (2): wöchentlich 1,— M.; Risch (1): wöchentlich 1,— M. Kennzeichnend beim Vergleich der verschiedenen Leuerungszulagen ist eines, nämlich, daß die größten und leistungsfähigsten Firmen, die auch sehr flotten Geschäftsgang haben, die niedrigsten Leuerungszulagen bewilligten. Die Halleische Zeitung kommt hierbei in Frage, wo das Hilfspersonal erst nach erfolgter Mahnung ein Vierteljahr später in den Besitz der sehr bescheidenen Zulage gelangte. Mit der allgeringsten Zulage muß sich die weibliche Kollegenschaft im Waisenhaus (Wibeldrucker) begnügen, doch erwartet das Personal noch etwas Entgegenkommen. Nach erfolgter Wahl zum Gautau verweist der Vorsitzende nochmals auf die notwendige weitere Stärkung der Organisation und genaues Studium der Zulagenfrage, damit der Verband recht bald nachhelfen kann, was er not tut.

Leipzig. Halbjahrsversammlung am 27. August. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. 2. Gesamtergebnis der Kriegszulagen. 3. Aussprache zu beiden Punkten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der in diesem Jahre gefallenen und geforderten Kollegen. Von den ersteren sind es 17, die den Tod auf dem Schlachtfeld gefunden resp. ihren Verbundungen erlegen sind. Ihr Andenken ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Zum Heeresdienst sind bis jetzt 546 Kollegen eingezogen, von denen 11 vorläufig und sechs als Invaliden entlassen sind. Nach dieser Mitteilung gab Kollege Schulze Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes für das erste Halbjahr 1916 und konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß trotz der Nöte des Krieges 141 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind, die sich auf 21 männliche und 121 weibliche verteilen. Daß hier eine umfangreiche Agitationsarbeit geleistet werden mußte, ist wohl mehr als selbstverständlich und ist dies der Erfolg von 33 Drucker- und 11 Leierungszulagen. Neben elf Konferenzen mit den Prinzipalen, bei welchen in der Hauptsache über Leuerungszulagen verhandelt wurde, waren sieben Besuche des Gauleiters in den einzelnen Gauorten notwendig. Der Eingang und Ausgang von Poststücken war ein ziemlich reger und beziffert sich derselbe auf 4346, darunter neun verschiedene Feldpostbriefe, die in gewissen Zeitabschnitten in einer Anzahl von 250 vervielfältigt und den im Heeresdienst stehenden zugestellt werden. Anschließend hieran gab Kollege Abend den Kassenbericht für das erste und zweite Quartal 1916. Demzufolge hatte die Verbandskasse eine Einnahme von 6907,40 M. Diefelbe setzt sich zusammen: Eintrittsgeld 44,70 M., ordentliche Beiträge 5929,— M., restierende Extrabeiträge 65,60 M., Kriegszulagen 867,40 M. An die Verbandskasse wurden abgeliefert 406,37 M. An Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt 603,05 M., an Krankenunterstützung 859,45 M. Die letztere überstiege die erstere um 255,45 M. Der Berichterstatter wies besonders darauf hin, daß die Leistung der Kriegszulagen zu den ordentlichen Beiträgen in gar keinem Verhältnis steht. An ordentlichen Beiträgen gingen ein 14 206, an

Kriegsbeiträgen 6550. Nach dem in der Versammlung am 6. Mai eingeführten Obligatorium mußten die beiden Beitragsarten, wenn auch nicht in vollem Umfang, so doch annähernd sich die Waage halten. Hiernach habe ein großer Teil der Mitglieder noch viel nachzuholen. Die Einnahme der Drückzasse betrug 1361,67 M., der eine Ausgabe von 1867,36 M. gegenüber steht, das ergibt ein Defizit von 505,69 M. Redner wies darauf hin, daß die Drückzasse seit Kriegsbeginn mit ziemlichem Regelmäßigkeit durchschnittlich vierteljährlich ein Defizit von 200 bis 250 M. zu verzeichnen hat, welches sich trotz größter Sparsamkeit nicht aufhalten läßt. Bei dem Bericht über die bis jetzt gewährten Kriegszulagen, den Kollege Schulze gab, stellte derselbe fest, daß in dieser Beziehung eigentlich noch viel zu wünschen übrig bleibt, aber im allgemeinen ging daraus hervor, daß es auch in Leipzig noch einsichtsvolle Drucker-Prinzipale gibt. Die Zulagen kommen in verschiedenen Zeiträumen zur Auszahlung. Es zahlen vier Betriebe dieselben vierteljährlich, 22 monatlich, 16 wöchentlich, das sind zusammen 52 Betriebe, darunter 13 Steinrudereien bzw. gemischte Betriebe. Den Mindestlohn bewilligten 29 Betriebe, über denselben hinaus vier Betriebe, unter Mindestlohn 19 Betriebe, wobei leider neun Betriebe mit einer Zulage von wöchentlich 50 Pf. zu verzeichnen sind. Acht Betriebe haben die vor der Anregung des Tarifamts bereits gewährten Zulagen nicht in Anrechnung gebracht. Zwei Großbetriebe haben zu den bereits im Oktober bzw. Dezember 1915 gegebenen Zulagen nichts nachbewilligt. (Anträge hierzu sind auch seitens des Hilfspersonals nicht gestellt worden.) Durch Vermittlung des Vorstandes resp. Lohnkommissionen konnte in zwölf Betrieben über Lohnzulagen verhandelt werden, wovon neun von Erfolg waren. Einzelne Antworten stehen noch aus, und dort, wo in dieser Beziehung noch nichts getan wurde, soll erneut mit den Vorarbeiten begonnen werden. Es wurde berichtet, daß die Geschäftsleitung der Firma Gerlach auf ein Gesuch um Leuerungszulage (vom Mai 1916) erst nach wiederholter Mahnung jede Zulage ablehnte. Die Anlegerinnen dieser Firma erhalten an der Steinruderschneiderei Wochenlöhne von 12,50 M. und bei mehrjähriger Beschäftigung von 14,— M., drei von den fünf dort beschäftigten Kolleginnen haben daraufhin sich besser bezahlte Arbeit gesucht und gefunden. Auch die Geschäftsleitung der Kunstanstalt C. Garte gebrauchte fast neun Wochen, um dann dem Personal schriftlich mitzuteilen, daß schon vor nicht allzu langer Zeit sehr viel Zulagen den Hilfsarbeiterinnen gegeben wurden, und wo das nicht zutrifft, sei der Lohn so abgesetzt, daß die Zulage unbegriffen ist. In einer sozietischen Geschäftsversammlung wurde festgestellt, daß nach Einreichen des Gesuches zwei Anlegerinnen von 14 beschäftigten je 1,— M. Zulage erhalten haben, und damit haben diese erst den schon 1911 festgesetzten Mindestlohn für Leipzig erreicht. Auch in der Kunstdruckerei und Kalenderfabrik von Liebes u. Leichter haben nach langem Warten von den dort beschäftigten 19 Schnellpressen- und Legelanlegerinnen nur elf je 50 Pf. Zulage pro Woche erhalten. Die Löhne in diesem Betrieb schwanken zwischen 10,— bis 13,— M. bei einer Beschäftigungsdauer von einem bis 3½ Jahren im Betriebe. Unter vollster Zustimmung der Versammlung erklärten die Vertreter dieser Betriebe, erneut und nachdrücklich Leuerungszulagen nochmals beantragen zu wollen. Kollege Schulze teilte noch mit, daß 86 Mitglieder (28 männliche und 58 weibliche) in anderen Berufen Beschäftigung gefunden haben, ihre Mitgliedschaft aber bei uns aufrecht erhalten. Hiermit war die Tagesordnung erledigt, und nachdem sich die Versammlung, trotz einigen Widerprüchen, dahin entschied, den geplanten Familien-Ausflug nach der Burgau in Leutzsch am Sonntag, den 3. September, doch stattfinden zu lassen, schloß der Vorsitzende die Versammlung, die trotz des brüderlichen Kriegszustandes gut besucht war.

Rundschau.

Wilhelm Kahl †. Am 23. August verstarb der Sekretär des Hauptverbandes im Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Der Verband hat durch den Tod Kahls einen schweren Verlust erlitten. Der Verstorbene war zuletzt zehn Jahre Sekretär der Hauptverwaltung, nachdem er vorher seit 1902 als Gauleiter in Sachsen und Thüringen für die Organisation tätig gewesen war. Aber auch schon in den ersten Anfängen der Bäckerbewegung war Kahl ein Pionier für die Besserung

der damals noch so unendlich tief stehenden Arbeitsbedingungen im Bäckerberufe, denn schon im Jahre 1888 finden wir ihn an der Spitze der örtlichen Organisation in Altenburg. Unausgesetzt hat er seit dieser Zeit für die Interessen seiner Kollegen und für die allgemeine Arbeiterbewegung gewirkt. In Gera war er jahrelang Kartellvorsitzender; später war er seinem Verband in Braunschweig die beste Stütze, um dann wieder der inzwischen gewachsenen Organisation in Sachsen und Thüringen zu weiterer Ausbreitung zu verhelfen. In der Hauptverwaltung hat er schließlich sich vor allem für die Festigung des Reichstarfs mit den Genossenschaften betätigen können und es gehörte auch bis zuletzt dem Tarifamte an. Seine unermüdete Tätigkeit stellte er erst ein, als ein unheilbares Magenleiden seine Kräfte bereits völlig erschöpft hatte, er erlag seinen Leiden im Alter von 51 Jahren.

Das Karuffel. Als die Schweinepreise, durch keinerlei Vorschriften behindert, trotz der massenhaften Abschachtungen Tag für Tag steigen durften, kamen Getreide und Kartoffeln in Gefahr, reiflos verfaulen zu werden. Als Schweinehöchstpreise festgesetzt wurden, schlug der Wind um. Jetzt fiel der Umweg über den Schweinemagen weg, und man verdiente mit Hilfe der ungläublich hohen Getreidepreise direkt daselbe oder noch mehr. Die Schweine- und Süherzucht wurde von gut rechnenden Landwirten vollständig aufgegeben. „Gerste und Safer“ hieß die neue Parole. Neuerdings weht ein scharfer Wind gegen diese hohen Futtermittelpreise. Aber der Verdienst soll der bisherige bleiben, weil sonst die Landwirtschaft wieder einmal an den Rand des Abgrundes kommt. Deshalb setzen sich die gesinnungstüchtigen Agrarier immer wieder für eine Erhöhung der Schweinepreise (wohingemerkt nicht der Schweinefleischpreise!) ein, und wenn sie diese allmählich erreicht haben, werden sie uns haarscharf nachweisen, daß sie an den künftigen 5-Mark-Kartoffeln zusetzen, weil sie diese ja mit weit größerem Nutzen verfüttern könnten. Ergo: müssen alsdann wieder die Kartoffeln teurer werden. Und so weiter.

Briefkasten.

Wegen Raumangel mußte das Feuilleton für diese Nummer zurückgestellt werden.

Ehren-Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

In russischer Gefangenschaft starb an einer heimtückischen Krankheit unser langjähriger Braver und treuer Kollege

Karl Matthens

im Alter von 22 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Mitgliedschaft Augsburg.

Infolge Krankheit starb in einem Lazarett in Rußland unser langjähriger, treuer Kollege, der Landsturmmann

Christian Bockelars,

im Alter von 42 Jahren.

Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm

Die Bahnhalle Braunschweig.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied, die Hilfsarbeiterin

Anna Koch

(Römmler & Jonas) nach schweren Leiden gestorben ist.

Ihrer wird ehrend gedenken

Die Mitgliedschaft Dresden.